

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum der folgenden Tage. Der Preis beträgt monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark. In der Provinz und im Ausland ist der Preis entsprechend zu erhöhen. Die Abnahme der Zeitung kann jederzeit durch die Redaktion in Magdeburg, Breiteweg 127 (Eingang Scharfweiserstraße), Fernsprech-Anschluß Nr. 1587, oder durch den Postboten in Magdeburg, Breiteweg 127, bezogen werden. Die Zeitung wird auch durch den Postboten in Magdeburg, Breiteweg 127, bezogen. Die Zeitung wird auch durch den Postboten in Magdeburg, Breiteweg 127, bezogen.

Nr. 305.

Magdeburg, Freitag, den 30. Dezember 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Die Leser der Volkstimme

werden gebeten,

### das Abonnement

sofort zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. Zugleich bitten wir die Leser,

### neue Abonnenten

dem Kolporteur des Bezirks anzugeben, damit diesen rechtzeitig die Volkstimme zugestellt werden kann. So weit der Vorrat reicht, wird neuen Abonnenten

### der Roman „Geächtet“

gratis nachgeliefert. Etwaigen Wohnungswechsel bitten wir gleichfalls anzugeben.

## Die Fleischnot.

Die erste Sitzung des Reichstags, welche nach den Weihnachtstagen stattfindet, wird bekanntlich die Interpellation der Konservativen und Bündler betr. die Fleischnot zur Verhandlung bringen.

Die Debatte wird jetzt in der bündlerischen Presse und in den landwirtschaftlichen Kreisvereinen schon vorbereitet und man wird sich auf harte Dinge gefaßt machen müssen. Natürlich wird auf konservativ-bündlerischer Seite die Fleischnot rundweg geleugnet und im Leugnen besitzen diese Herren eine anerkannte Virtuosität. Es wird bei Gelegenheit der Reichstagsverhandlungen, sagen wir milde, von jener Seite in einer Weise — schlingelhaft werden, daß sich die Balken in dem doch noch neuen Reichshaus am Königsplatz biegen werden.

Die Berichte der städtischen Viehhofverwaltungen werden für gefälscht (Siehe Nachrichten unter Magdeburg; die Erklärung des Oberbürgermeisters. D. R.), alle anderen Anzeichen für die vorhandene Fleischnot als unrichtig bezeichnet werden. Ja man wird sogar behaupten, daß die Fleischpreise jetzt niedriger sind, wie in anderen Jahren, wo von einer Not keine Rede war, daß sie noch ganz gut einer Steigerung fähig wären, daß diese Steigerung im Interesse der nationalen Ochsen- und Schweinezucht auch wünschenswert wäre. Der Schlussreim aller dieser agrarischen Reden wird in einen Appell an die Reichsregierung ausklingen, um Gottes Willen keine Grenze zu öffnen und etwa noch geöffnete Grenzen für die Vieheinfuhr schleunigst zu schließen.

Einen kleinen Vorgeschmack von dem Treiben der Bündler, das sich im Reichstage entfalten wird, bekommt man bei der Lektüre eines Berichtes über die Delegierten-Versammlung des landwirtschaftlichen Kreisvereins für den Landkreis Kiel, der jetzt die Kunde durch die agrarische Presse macht. In dieser Versammlung ist schließlich eine Resolution an den Reichstag beschlossen worden, in der schlankweg behauptet wird, daß im Kreis Kiel eine Erhöhung des Schlachtwiehpriese nicht stattgefunden habe. Gegenwärtig soll dort der Centner Fleisch 3 bis 4 Mark billiger als im Vorjahre sein. Glückliches Eldorado, dieser Landkreis Kiel! Glückliche die Arbeiter, welche dort zu wohnen in der Lage sind. „Wenn,“ heißt es in der Resolution, „trotzdem seitens eines Teils der Schlächter in den größeren Seestädten eine Erhöhung der Fleischpreise (also doch!) erfolgt ist, so kann man, soweit es sich nicht um ein lediglich agitatorisches Treiben handelt, einen stichhaltigen Grund hierfür nur in der schädigenden Konkurrenz auswärtigen, zum großen Teil ungeführten Fleisches erblicken, welches die Schlächter veranlaßt hat, die besseren Stücke im Preise zu steigern.“ In diesem Satze steckt wirklich eine köstliche Logik.

Die bösen Schlächtermeister, die, von der ausländischen Konkurrenz bedrängt, das von ihnen billig eingekaufte Fleisch zu sehr gesteigertem Preise verkaufen. Man wird sich diesen Satz merken müssen, wenn dieselben Herren für den Mittelstand eintreten und dann die Konkurrenz für den Niedergang der Preise verantwortlich machen. Sonst bezeichnet die Resolution die Fleischnot noch als eine Erfindung der Kieler Handelskammer, und es wird in ihr die Bitte an den Reichstag gerichtet, dem Import ausländischen Fleisches Beschränkungen aufzuerlegen.

Man sieht, unsere Junkergesellschaft gönnt unseren Arbeitern, die sich das teure einheimische Fleisch nicht kaufen können, nicht einmal das billigere ausländische Fleisch. Und diese Sorte hat im heutigen Staate fast allein das Heft in Händen.

## Politische Tagesrundschaun.

Deutschland.

In einer Berliner Buchhandlung ist die neueste Nummer des deutschen Kinder-Weihnachtsblattes *„Vornehes Juleosfer“* (Die Weihnachtsrosen der Kinder) beschaugam, weil ein darin befindliches Bild eine Majestätsbeleidigung darstelle. Das Bild trägt den Titel „Ein Duell“ und zeigt zwei Jungen, die mit Spielzeugfädeln einen Kampf ausgefochten haben. Beide Jungen haben Soldatenanzüge an. Der Besiegte wird von einem Mädchen verbunden, da er einen Finger verwundet erhalten hat. Sein zerbrochener Degen liegt am Boden. Im Hintergrunde stehen Arbeiterkinder und lachen. In diesem besiegten Knaben, der Krassieruniform trägt und auf dessen Caput ein Adler abgebildet ist, hat die Berliner Polizei eine Majestätsbeleidigung gefunden.

Die beabsichtigte Maßregelung des Prof. Delbrück giebt der Kreuzzeitung Anlaß zu der Betrachtung, daß sich Delbrück zwar in seinem Urteil über die Ausweisungen verhalten habe, aber ein perfidiusches wegwerfendes Urteil über den Mann sei ungerichtet. „Hier noch weniger als sonst, weil Professor Delbrück durch seine Vergangenheit sich trotz alledem ein Recht darauf erworben hat, nicht mit den „zielbewußten“ Reichsfeinden oder Reichsindignen verwechselt zu werden. Als Mitglied des Reichstages hat er seinerzeit für das Sozialistengesetz und für alle Heeresvorlagen gestimmt, das hat nicht gleich vergessen werden darf.“ Es ist richtig, was die Kreuzzeitung sagt. Prof. Delbrück ist ein ganz rechts stehender Mann. Aber um so bezeichnender ist es, daß auch ein solcher Mann zu einem so absperrenden Urteil über die jetzige Regierungspolitik kommt.

Zur Beseitigung von Zweifeln bei der Erhebung von Stempelsteuern für Luftbarkeitsbeschreibungen haben, der Finanzminister und der Minister des Innern an die nachgeordneten zuständigen Behörden folgende Verfügung erlassen: Veranstaltungen, die darin bestehen, daß auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen Bilder von Mordthaten, Katastrophen und sonstigen sensationellen Begebenheiten ausgestellt werden und unter Leiermusikbegleitung ein kurzer, erklärender Text hierzu abgelesen wird, sind als Luftbarkeiten im Sinne der Tarifstelle 39 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juni 1895 anzusehen, sofern der Veranstalter einen festen Stand einnimmt, wie dies auf Jahrmärkten, Schützenfesten und dergl. meist der Fall zu sein pflegt. Die ortspolizeilichen Genehmigungen zur Veranstaltung solcher Luftbarkeiten unterliegen daher dem dort vorgeschriebenen Steuersatz von 1 Mark 50 Pfennig oder 50 Pfennig je nach dem Umfang des Unternehmens. Insoweit Genehmigung der erwähnten Art etwa bisher stempelfrei erteilt worden sein sollten, mag es für die Vergangenheit dabei bewenden. Gleichzeitig wird anerkannt, daß die von Vereinen aus Anlaß der kirchlichen Feier des Erntedankfestes unter Mitführung der Fahne und eines Musikkorps veranstalteten gemeinschaftlichen Kirchgänge nicht unter den Begriff der Tarifstelle 39 fallen. Polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung solcher Aufzüge sind daher in stempelfreier Form zu erteilen.

Der Centrumsabgeordnete Dieden, das älteste Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, ist in Uerzig im Alter von 88 Jahren gestorben. Abg. Dieden vertrat den Wahlkreis Trier. Er stieg mit 11 361 Stimmen. Der Wahlkreis ist den Katholiken sicher. Es erhielten Sozialdemokraten 289 und Nationalliberale 941 Stimmen.

Dem Vorwärts ist aus Zürich folgender Bericht zugegangen: In der Stadt Zürich sind vorige Woche nach einer kurzen Pause wieder Anarchistenverhaftungen vorgenommen worden und zwar wurden davon fünf italienische Arbeiter betroffen, die Sozialdemokraten, also Gegner der Anarchisten sind. Auf Intervention des von dem Vorwärts sofort verständigten Arbeiterssekretärs Greulich wurden vier wieder freigelassen und bezüglich des fünften hofft man ebenfalls, daß er außer Verfolgung gesetzt werden wird. Diese fortwährenden ungerechtfertigten Verhaftungen sind offenbar auf die erbärmlichen Denunziationen und falschen Anschuldigungen von in der Schweiz lebenden italienischen Polizeispitzeln zurückzuführen. Die hiesige Arbeiterunion hat beschlossen, durch die sozialdemokratischen Vertreter im Kantonsrat die Regierung über diese Vorgänge interpellieren zu lassen.

## Nachrichten aus dem Auslande.

In Wien fand jüngst die konstituierende Versammlung des Studentinnenvereins statt. Sie war äußerst lebhaft besucht. Zahlreiche Vertreterinnen verschiedener Frauenvereine waren erschienen und als Vertreterin der graduirten Frauen die erste Herr. Veronika Fr. Dr. Gabriele Antonin Pöschner. Die Begrüßungsrede hielt Stud. phil. Margarethe Müller, sie wies auf die Notwendigkeit eines Zusammenklusses der weiblichen Studentenschaft hin, betonte, daß die Sache des Frauenstudiums von der Frauenfrage überhaupt nicht zu trennen sei, und daß die Studentinnen deshalb dankbar der freundlichen vielfachen Unterstützung und Aufmunterung, die ihnen zumal vom Verein für erweiterte Frauenbildung zu teil geworden, zu gedenken hätten. Gleichzeitig aber erklärte die Rednerin, daß die Gründung des Vereins nicht etwa der Ausdruck unkollegialer Absonderung von der übrigen Studentenschaft sei, mit welcher die Studentinnen viele gemeinsamen Interessen verbanden, sondern nur den Zweck hätte, das noch zu erringen, was den Frauen bislang das Geschick verweigert und was den männlichen Kollegen mühelos zufällt. Bei der folgenden Vorstandswahl wurden Margarethe Müller, Präsesidentin, Stephanie Eder, Vicepräsidentin, Irma Schindler, erste Schriftführerin, Margarethe Furcht, zweite Schriftführerin, Bianca Bienenfeld, Kassiererin, Isabella Ehardt, Bibliothekarin.

In der Strafanstalt Kornburg (Oesterreich) brach eine Revolte aus. Zur Unterdrückung derselben wurde Militär requiriert. Die Feiertagskost soll Ursache zur Revolte gegeben haben, auch wird über schlechte Behandlung geklagt.

Wie Wolffs Bureau aus Paris telegraphiert, verlautet, der Kassationshof habe sich verpflichtet, dem Advokaten Morand nur diejenigen Schriftstücke der Geheimmächte zu übermitteln, welche in einem Klageverfahren die Verurteilung bilden können. Morand müsse sich auf Ehrenwort verpflichten, nur die vom Kassationshof bezeichneten Akten Frau Dreyfus zu zeigen. — Es heißt, der Justizminister beabsichtige, den Präsidenten des Kassationshofes Mazeau, ferner Duesenay de Beaurepaire und den Rat Barb zu vernehmen, um den Zwischenfall Barb-Bicart vollständig aufzuklären. — Das Echo de Paris meldet gerichtlich, Dreyfus habe sich am Montag nach Frankreich eingeschifft. — Der Kassationshof vernahm am Mittwoch den früheren Minister Barthou.

In den baskischen Provinzen sind in den beiden Weihnachtstagen 143 Anhänger von Don Carlos verhaftet worden; zahlreiche weitere Verhaftungen sollen noch vor Neujahr vorgenommen werden.

Durch eine frühere Notiz sind die Leser der Volkstimme bereits unterrichtet, daß in Haverhill im Staate Massachusetts ein Sozialist zum Bürgermeister gewählt worden ist. Das Jahresgehalt desselben beträgt 2000 Dollar, gleich 8000 Mark. Ueber diese Wahl und den Erwählten entnehmen wir einer aus New-York vom 14. Dezember datierten Korrespondenz der Wostischen Zeitung die folgenden Mitteilungen: Es ist dies das erste Mal in der Geschichte des Landes, daß ein Sozialist zu einem derartigen Amte erwählt wurde. Außer dem Bürgermeister erwählten die Sozialisten noch sechs Verwaltungsbeamte. Der Name des sozialistischen Bürgermeisters in Amerika ist John C. Chase. Er ist erst 28 Jahre alt und war bisher Clerk in dem kooperativen Verkaufslokal von Lebensmitteln in Haverhill. Nebenbei war er noch Präsident der „Haverhill Cooperative Society“, unter deren Leitung dieses Verkaufslokal sowie noch ein zweites stehen. Chase begann seine Laufbahn mit acht Jahren als jugendlicher Angestellter einer Wollfabrik in New-Hampshire. Die Wintermonate er benutzte er, um in die Schule zu gehen. Später arbeitete er als junger Mann in verschiedenen Schuhfabriken. Als er im Jahre 1890 nach Haverhill kam, wurde er bald eine hervorragende Persönlichkeit in den dortigen Arbeiterverbänden, in deren Interesse er unausgesetzt thätig war. Zugleich bekannte er sich offen als begeisterter Anhänger der Debs'schen Sozialdemokratie. Das Programm, auf das hin er erwählt wurde, umfaßt neben kleineren Forderungen Erwerbung der Straßenbahnen, Beleuchtungsanlagen usw. durch die Municipalität, Abschaffung des Kontraktarbeits-Systems an allen öffentlichen Bauten, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit per einem Minimallohn von zwei Dollars pro Tag, Beschaffung von Arbeit für Arbeitslose, sowie Abschaffung geheimer Abstimmung im Stadtrat. Mr. Chase hat erklärt, daß er alle diese Maßnahmen nicht auf gewalttätige Weise zur Ausführung bringen will, sondern nach und nach unter Wahrung des besten Einvernehmens mit der Bürgererschaft. Der Sozialist Chase, in dem Haverhill liegt, ist der Sitz ausgebreiteter Industrien mit einer zahlreichen Arbeiterschaft, die seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen das dort stark vertretene industrielle Raubtierthum führt.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Wahlkreis: 1. Sachsen (Pittau).
Herr, Georg Schmidt; Redakteur zu Dresden.

Herr, Karl Hermann; Cigarrenfabrikant zu Hamburg I.
Wahlkreis: Kreis Altona.

Herr, Karl Franz Egon; Schriftfuehrer, Redakteur des
Hamburger Echo zu Hamburg-Altona.

Herr, Ernst Wolff; Redakteur und Buchdruckerbesitzer zu
Offenburg (Baden).

Herr, Friedrich August Karl; Cigarrenfabrikant und
Redakteur zu Leipzig.

Nachrichten aus Magdeburg.

In der Sachsenzeitung lesen wir: 'Wieder ein Verzug des
Herrn Bebel. Im Mittweidaer Wochenblatt erlaest der
Bürgermeister von Mittweida, Herr Apelt, sich folgende
Erklärung: In der Sitzung des Reichstages vom 15. d. M. hat Herr Reichstagsabgeordneter Bebel geäußert,
der Mittweidaer Bürgermeister habe sich die offenbarste
Gefehesverletzung zu schulden kommen lassen, es sei auch
zugedeht worden, daß die Handlung nicht erfolgt, weil er sich der Ungefehrlichkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sei.' Falls sich, wie ich annehme, diese
Aussage auf meine Person beziehen soll, so erkläre ich
hiemit öffentlich, daß wegen angeblicher Gefehesverletzung weder eine Anklage gegen mich erhoben, noch auch eine Untersuchung gegen mich
eingeleitet ist und daß überhaupt eine ungefehrliche Handlungswiese von zuffändiger Stelle mir nicht zur Last gelegt worden ist. Ich muß daher die
Aussage, die Ungefehrlichkeit der Handlungswiese sei
zugegeben, als unrichtig zurückweisen. Wenn dann
Bürgermeister Apelt meint, Herr Bebel werde Gefehesverletzung nehmen müssen, seinen
Verzug zu berechtigen, so wird es lange wozu
Bebel hat sich in dieser Beziehung stets recht
dieselbig gezeigt.'

Im Vorwärts befindet sich aber nachstehende Erklärung:
Der Bürgermeister von Mittweida, Herr Apelt, sah sich
veranlagt, gegen einige Äußerungen in meiner
Erklärung in meiner Erkläre die Verwahrung einzulegen.
Ich nehme an, daß Herr Apelt einen ungenauen Bericht über
meine Erklärung hat, sonst hätte er seine Erklärung
unterlassen. Erbe ausdrücklich von dem früheren
Bürgermeister von Mittweida und will hinzufügen, daß
von mir erkläre ich Anfang der 80er Jahre
zugezogen habe, also Herr Apelt nicht betrifft. A. Bebel. Wir
befürchten, daß die Sachsenzeitung über diesen
Zweifel nicht beruhigt.

In der 1. Stadtratsversammlung wurde seitens des
Oberbürgermeisters der Abgang einer
Eingabe an den Reichstagskanzler
bezüglich der Besetzung mit der
Hohen Fleischpreise und um
Abwechslung zu erwirken. Dem
Wunsche des Stadtrats, dem
Abgang eine Eingabe an den
Reichstagskanzler zu senden,
widerstand der Oberbürgermeister,
welcher vor einem Vorgehen
warnte, das nach seiner
Ansicht die richtige Forderung
sei die richtige Forderung; bei
ihm könne man während der
Abgang auch in der Lage sei,
entgegenstehende Interessen
zu berücksichtigen, bezüglich
der Sachgemäßheit. Die
Vermehrung der Karrieren, eine
Vermehrung des Schweinefleisches
behalte nicht, sei für die
Magdeburger ein wichtiger
Faktor, wie für viele andere
Städte. Hier sei seit zwei Jahren
durch wöchentliche Erhebung
eine andauernde Minderung des
Fleischpreises und ein
bedauerlicher Erfolg des
Schweinefleisches durch
minderwertiges Fleisch
festgestellt. Wir sind
neugierig, wie die
Entscheidung der Reichstagskanzler
über die Angelegenheit
ausfallen wird, welche
bekanntlich gelegentlich einer
Friederichsfeier der Fleischpreise
in Abrede stellte, wofür ihm
der Dank der Agrarier und
Antikamern wurde.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Herr, Georg Schmidt; Redakteur zu Dresden.

Herr, Karl Hermann; Cigarrenfabrikant zu Hamburg I.
Wahlkreis: Kreis Altona.

Herr, Karl Franz Egon; Schriftfuehrer, Redakteur des
Hamburger Echo zu Hamburg-Altona.

Herr, Ernst Wolff; Redakteur und Buchdruckerbesitzer zu
Offenburg (Baden).

Herr, Friedrich August Karl; Cigarrenfabrikant und
Redakteur zu Leipzig.

Herr, Georg Schmidt; Redakteur zu Dresden.

Herr, Karl Hermann; Cigarrenfabrikant zu Hamburg I.
Wahlkreis: Kreis Altona.

Herr, Karl Franz Egon; Schriftfuehrer, Redakteur des
Hamburger Echo zu Hamburg-Altona.

Herr, Ernst Wolff; Redakteur und Buchdruckerbesitzer zu
Offenburg (Baden).

Großindustrie angehören, und die bald nach dem
Befanntwerden der Vorschläge der Reichskommission
für Arbeiterstatistik eine heftige Agitation gegen
deren Verwirklichung entfaltet. Die Wirkung kann
nur die sein, daß die vielen kleinen Geschäfte
effizienzunfähig gemacht werden und immer mehr in dem
Großbetrieb aufgehen, daß der nützliche Kleinbetrieb
verdrängt wird, so führte Direktor Bogts in einer von dem
gesamten Verein einberufenen Protestversammlung aus.
Schon damals wurde mit Recht ausgeführt, daß gar kein
Grund vorliege, eine derartige Wirkung dieser Maßregel
anzunehmen, und in der erwähnten Versammlung erklärte
eine Anzahl Kleinrentner selbst, daß sie den
Achtuhr-Ladenschluß ebenso herbeiwünschten wie die Angestellten. Daß
damit die Meinung eines großen Teils der deutschen
Kleinrentner wiedergegeben war, haben nachher die
zahlreichen Bestrebungen der selbständigen Rentner, einen
einheitlichen Ladenschluß durch freiwillige Vereinbarung
herbeizuführen, gezeigt. Jetzt, wo es bekannt geworden
ist, daß dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugehen soll, der
von der Einführung des einheitlichen Ladenschlusses nicht
ganz Abstand nimmt, mehrten sich die Stimmen der Kleinrentner
und ihrer Organe, die die Regierung auffordern,
den Achtuhr-Ladenschluß entsprechend den Vorschlägen der
Reichskommission in das Gesetz zum Schutze der Handlungsgehilfen aufzunehmen.

So begleitet die Deutsche Handels-Zeltung, Offizielles
Organ des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche
und des Vereins Berliner Kolonialwarenhändler die
Ankündigung des Schulgesetzes mit folgendem Kommentar:
'Danach ist in dem in Aussicht stehenden Gesetze
thatsächlich eine Minimalruhezeit für die Angestellten
vorgesehen; allerdings soll auch ein obligatorischer
Abendenschluß der Geschäfte nicht ganz ad acta
gelegt sein. Da heißt es nun für die, denen an der
letzten Form des Schutzes gelegen ist, sich rühten,
damit sie eintrete. Wir meinen, ein obligatorischer
Abendenschluß ist vorzuziehen; dann hat auch der
Prinzipal etwas von dem 'Schutz', den er unter
Umständen mehr braucht als die Angestellten.'

Noch weiter geht der Berliner Ladenbesitzerverein. Er
beschloß in seiner letzten Sitzung, an den Reichstag
eine Eingabe zu richten mit der Bitte, den
Ladenschluß um 8 Uhr abends gesetzlich zu regeln,
da eine freiwillige Vereinbarung, die Geschäfte um
9 Uhr zu schließen, trotz großer Mühe und vieler
Kosten an dem Eigewillen einiger Geschäftsleute
gescheitert ist.

Nachrichten aus der Provinz.

Schnieberg. (Auf einen Arbeiter geschossen.) Der
Wasservirt Bierack erkrankte auf dem
Hause (er wollte einen Hirsch schießen)
aus einer Entfernung von 15 Schritt den
Arbeiter Fischer aus Schnieberg,
als dieser mit einem Arbeitsgenossen
unter dem Namen einer
Kieserholung trat. Fischer hinterließ
eine Frau und sieben
unverheiratete Kinder.

Breitenbrunn. (Auf dem Eise verunglückt.) Vier
Knaben betreten kürzlich die
schwache Eisdecke des Teiches und
brachen ein. Drei konnten
gerettet werden, während der
vierte als Beute des Teiches
gezogen wurde.

Nachrichten aus dem Reiche.

Barmen. (Zwei verheiratete Bahnarbeiter verunglückt.)
Auf dem Bahnhöfe von Barmen-Mittelshausen verunglückten zwei
verheiratete Bahnarbeiter. Am
vormittag wurden dem
Kotzenarbeiter
Kilian durch eine
Kangiermaschine beide
Beine abgefahren, am
nächsten
Mittag dem
Hilfsbeamten
Deß beim
Ankuppeln des
Dampfwagens
beide
Beine nach kurzer
Zeit.

Frankfurt a. M. (Ein diebischer Fuhrer.) Seit
einem Jahre waren in der
Zufahrensstraße der
Mannschaften
verschiedentlich
Taschendiebstahle
entwendet worden, ohne
daß man den
Dieb hätte
feststellen können.
Endlich wurde er in
der Person eines
von
Danzig
stammenden
Gefreiten
erfaßt und in
Untersuchungshaft
abgeführt.
Dort machte er
am
Donnerstag
morgen
seinem
Leben
durch
Selbstmord
ein Ende.

Stettin. (Im Arresthaus verbrannt.) Ein
stark betrunken
Mann war am
Sonnabend
abend von der
Polizei in das
Arresthaus
eingeliefert worden.
Sonntag
morgen wurde
er bis zur
Unkenntlichkeit
verbrannt in der
Halle
ausgefunden.
Nähere
Angaben über
diesen
Vorfalle fehlen.

Kottbus. (Ertränkt.) Ertränkt hat sich
der Arbeiter
August
Kurtz, der
bereits
mitgeteilt,
seine
Frau im
Schlaf
durch
Messerschnitte
ermordet
hatte und
dann
gestrichet
war.

Altenberg. (Kauferei.) Am
Sonntag
abend fand
bei
Dauendorf
ein
Säbelduell
statt
zwischen
einem
Altenberger
Bürgersohn
und einem
Offizier
a. D.,
der
einer
fremden
Armee
angehörig
soll.
Der
Offizier
erhielt
im
zweiten
Gang
eine
erhebliche
Verletzung
am
rechten
Oberarm.

Militärische Nachrichten.

Um den Deutschen, die sich der
Fahnenflucht oder der
Verletzung der Wehrpflicht
überhaupt schuldig machen,
den Aufenthalt im
Auslande zu erschweren und
sie dadurch zur Rückkehr
zu bewegen, ist schon
früher
angeordnet
worden, daß die
Gemeindebehörden sich
der
Verpflichtung
zum
Aufgehoben
des
Aufgehobenen
zum
Zwecke
der
Beschließung
für
die
bezeichneten
Personen
zu
enthalten
haben.
Nunmehr
sollen
auch
noch
der
Minister
des
Inneren
und
der
Kriegsminister
bestimmt
haben,
daß
Auszüge
aus
dem
Ständeregister,
welche
früher
im
Auslande
sich
aufhaltenden
Fahnenflüchtigen
und
ausgetretenen
Militärpflichtigen
nachgeliefert
werden,
nur
dann
durch
die
zuständige
Gemeinde-
und
Aufsichtsbehörde
die
vorgeschriebene
Beglaubigung
erhalten
dürfen,
wenn
der
Nachweis
geführt
wird,
daß
die
Auszüge
nicht
zur
Förderung
eines
persönlichen
Interesses
gewöhnlicher
Art
der
in
Frage
stehenden
Personen
nachgeschickt
worden
sind,
sondern
zu
anderen
Zwecken,
insbesondere
zum
amtlichen
Gebrauch
des
ausländischen
Staates
verwendet
werden
sollen.
Mit dem
Beginne
des
Jahres
1899
wird
die
Ausrüstung
der
gesamten
deutschen
Feld-Artillerie
mit
dem
neuen
Schneidenergeschütz
M. 1898
beendet
sein.
Es
hat
das
Kaliber
von
7,7
cm
und
zeichnet
sich
durch
eine
große
artilleristische
Wirksamkeit,
wie
eine
herausragende
Beweglichkeit
und
Schnelligkeit
aus.
Wie
lange
wird
diese
Feuerwaffe
in
Thätigkeit
bleiben?
Bekanntlich
wird
schon
über
Versuche
mit
einem
noch
wirksamere
Schnellfeuergeschütz
berichtet.
Daß
diese
Versuche
im
Auslande
vorangewandt
sind,
macht
nichts.

Der Achtuhr-Ladenschluß und die Kleinrentner.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in dem Centralblatt
für Sozialpolitik: Von den
Kleinrentnern ist als einheitlichen
Achtuhr-Ladenschlusses ist
schon als Hauptinwand
angeführt
worden, daß diese Maßregel
den
Mitteln
des
Kleinrentners
bedeuten
würde.
Besonders
lebhaft
wurde
dieser
Einwand
erhoben
von
dem
Verein
Berliner
Kaufleute
und
Industrieller,
einer
Organisation,
der
vorzugsweise
Großrentner
und



# Magazin Heilbrunn

Magdeburg, Breiteweg 193/94.

Zum bevorstehenden Jahreswechsel empfehle meine grosse Auswahl:

## Scherz-Artikel und Scherz-Karten

zu äusserst billigen Preisen in hochfeiner Ausführung und gebe, so lange Vorrat reicht:

10 Stück ff. kolorierte humoristische Karten für nur 6 Pfg.

Ferner für Sylvester:

## Wein-Gläser, Grog-Gläser, Bowlen-Gläser.

**Bowlen** von 2.75 Mark an. **Bierservice** 1.85 Mark an. **Weinservice** 4.50 Mark an. **Stammseidel mit Deckel** 48 Pfg. an.

3788

## Zum Sylvester!

Düsseldorfer und hiesige Bunsche

Bordeaux-, Rhein- und Mosel-Weine

von letzterem sehr billig und zur Bowle passend die Flasche nur 60 Pfg. excl. Flasche.

Rum, Arrak, Cognak in verschiedenen Preislagen.

Ferner empfehle zur Bowle:

3786

Apfelsinen in ausgezeichneter Frucht

Apfeln, Erdbeeren, Pfirsiche in Dosen und Waldmeister-Extrakt.

**L. W. Lüder**

Grosse Marktstraße und Stephansbrücken-Ecke.

## Gesellschafts-Salon „Zum Weissen Hirsch“, Neustadt.

Am 31. Dezember von 7 Uhr ab:

**Sylvester-Ball.**

Am 30. Januar n. J.: Reboute.

3788

## Arbeiter-Gesangverein Alte Neustadt.

**Sylvester-Bergnügen**

in der „Araue“.

3786

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

Der Vorstand.

## Fermerleben. Großer Sylvesterball

Sonnabend, den 31. Dezember, abends 8 Uhr

im Lokale der Witwe Kausch (Gasthof zum goldenen Engel).

Es ladet freundlich ein

3783

Herrn Kausch.

## Kranken- u. Sterbekasse der Handwerker zu Burg b. M. (G. H.)

**General-Versammlung**

stattfindend

am Sonnabend, den 7. Januar 1899, abends 8 Uhr im Hofjäger hiersebst.

Tages-Ordnung:

1. a) Wahl des Vorstandes, b) der Revisoren, c) des Kassierers, sowie Festsetzung der Gehälter des Vorstandes, Revisoren und Kassierers.
2. Berichterstattung der Revisoren und Entlastung des Vorstandes.
3. Sonstiges.

3785

Der Vorstand. Otto Wäthler, Vorsitzender.

## Hofjäger-Burg.

3475 Sylvester und Neujahr:

**Tanz.**

## Walhalla-Theater.

Sieben Abend:

**Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.**

## „Gut Schall.“ Sylvester:

Friedrichsplatz. Küchensettel des Lehrereinen- und Damenhelms, Breiteweg 82, 1 Tr.

Freitag: Kartoffelsuppe, Macaroni mit Schinken.

Sonnabend: Bratensuppe, Bechamel-Kartoffeln und Rindfleisch.

Küchensettel der Magdeburger Volkstüchen Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.

Freitag: Braunkohl mit Salzkartoffeln und Würstchen.

Sonnabend: Graupensuppe mit Hammelfleisch.

Große und Kinder-Volkstüchenmärkte sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Nothleidende von 12-2 Uhr in den Volkstüchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidstr. 61, zu haben.

## Sebenswürdigkeiten.

Stadt-Bibliothek: In den Wochentagen geöffnet von 10-11 1/2 Uhr.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11-2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vormittags von 11-3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Grünhofsche Gewächshäuser im Friedrich-Wilhelms-Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg. schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.

An Sonntagen geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. In jedem 1. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pfg., nachmittags 10 Pfg.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

## Zum Sylvester

empfehle die

## Magdeburger Fisch-Handlung

en gros **Johann Paustian** en detail

Breiteweg 130/31, vis-à-vis Katharinenkirche

Prima holl., schott. und Emdener

**Vollheringe**

auf Wunsch lauter Wilsener zu allen Preisen.

**Neue Niesen-Lachsheringe**

täglich frische Räucherung, im einzelnen Stück 10 und 15 Pfg. ff. Brabanter Sardellen, Bratheringe, Sardinen, Anchovis, Neunaugen, Aal in Gelée, Ostsee-Delikatess-Heringe etc.

ff. marinierte Heringe. \* ff. Rollmops

in hochfeiner Mostichsauce.

zum Heringsalat gehörigen Artikel

Capern, Perlzwiebeln, Pfeffer-, Senf- und Sauergurken etc.

**Ia. Heringsalat.**

Bestellungen hierauf werden entgegen genommen.

**Caviar**

feinsten grob- und mittelkörnigen.

Gut erhaltene Knabenschulmappe ist zu verk. Sudenburgerstraße 13, Hof, 3 Tr.

**Gesucht werden:**

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schneiber, Schuhmacher, Klempner, Tischler, Steinmetz, Schmiede, Töpfer als Scheibendreher, Cigarrenmacher u. Gelbgießer a. Drehbank.

Ein Mädchen von 15-17 Jahren wird sofort gesucht als Aufwärterin. Hermann Jahn 852 Neustadt, Breiteweg Nr. 16.

E. Schelltag wünscht sofort W. Spett, Fleischermeister in Salze, Feldstraße 3.

**Es suchen Stellung:**

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Tapezierer, Schlosser, Former, Dreher, Hobelisten, Sattler, Buchbinder, Ofenseher und Arbeiter für jede Arbeit.

\* Logis mit separatem Eingang. Ebdg., Wolfenbüttelestr. 2, Frommhold.

Eine freundliche Hofwohnung zum 1. Januar zu vermieten. Budan, Martinststraße 1. 851

\* Al. Ohrring von Leipzigerstraße nach Osterleben (Feldweg) verloren. Abzugeben bei Dietrich, Leipzigerstraße 31 S. I.

## Stadt-Theater.

Donnerstag, den 29. Dezember 1898: **Novität! Zum 3. Male! Novität! Auf der Sonnenseite.** Lustspiel in 3 Aufzügen von D. Blumenthal und G. Kadelburg.

Freitag, den 30. Dezember 1898: Einmaliges Gastspiel Erika Wedekind vom Königl. Hoftheater in Dresden. **Der Barbier von Sevilla.** Komödie - Erika Wedekind aus Dresden.

Zu 2. Akt:

**Gesangs-Einlagen.**

Phantasten im Bremer Katscheller.

Zu Vorbereitung:

**Cyano de Bergerac (Komödie)**

**Wilhelm-Frazer**

Freitag, den 30. Dezember 1898: **Der schöne Nigo.** Operette in 2 Akten von Biehler.

Vorher:

**Im Regalige.**

Blauderei in 1 Akt von Reinfels.

## Ortskrankenkasse

für die in Magdeburg etc.

kaufmänn. Gewerbebetriebe etc. beschäftigten Personen zu Magdeburg.

Wir machen hierdurch bekannt, daß unsere Kasse für die Zahlung der Beiträge pro 1899 in der Zeit vom 2. bis einschließlich 4. Januar 1899 geschlossen ist. An- und Abmeldungen werden dagegen angenommen.

**Der Vorstand.**

Carl Borning, stellvert. Vorsitzender.

# Beilage zur Volksstimme

Nr. 305.

Magdeburg, Freitag, den 30. Dezember 1898.

O. J. J. J.

## Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg.

Bg. Berlin, den 27. Dezember 1898.

Heute trat hier die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg zusammen, um ein gemeinsames Aktionsprogramm für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und die Kommunalpolitik aufzustellen.

Singer-Berlin eröffnete die Konferenz. Das Bureau wurde aus Singer als ersten Vorsitzenden, Thiele-Brandenburg als zweiten Vorsitzenden und Pieper-Spandau als Schriftführer zusammengesetzt. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 46 Gemeindevertretern der Provinz Brandenburg. Die Genossen Pöhlender und Lehmann-Leipzig wohnten der Konferenz als Gäste bei. Singer heißt sie herzlich willkommen und hofft, daß sie der Konferenz mit ihren Erfahrungen zur Seite stehen werden.

Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Beratung eines von den Berliner Gemeindevertretern ausgearbeiteten Programms-Entwurfs.

Punkt 1 dieses Programms-Entwurfs lautet: „Für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine gleiche, geheime direkte Wahlrecht einzuführen. Das Wahlrecht darf durch den Empfang irgendwelcher Unterstützung aus Gemeinemitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen haben des Sonntags stattzufinden.“

Die Delegierten aus Brandenburg haben dazu folgenden Änderungsantrag gestellt: „Für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen ist von diesen auf Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen direkten Wahlrechts hinzuwirken. Das Wahlrecht darf durch den Empfang irgendwelcher Unterstützung aus Gemeinemitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen haben des Sonntags stattzufinden.“

Der Referent Thomae-Nixdorf hebt die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kommunalprogramms hervor, damit Genossen, die in die Gemeindevertretungen neu gewählt werden, sich nicht erst bei jeder Kleinigkeit erkundigen müssen, wie sie sich zu verhalten haben. An erste Stelle ist in diesem Programm die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu setzen. Das jetzige Wahlgesetz zur Kommune ist beinahe ebenso schlecht, wie das Wahlrecht zum preussischen Landtage, doch ermöglicht die direkte Wahl Erfolge in der dritten Wählerklasse. In Nixdorf hoffen wir bei den nächsten Wahlen die dritte Abteilung vollständig zu erobern. Nedner spricht sich gegen die von Brandenburg vorgeschlagene Fassung aus. Nicht hinwirken, sondern fordern müssen wir. Während wir für Proportionalvertretung sind, suchen uns unsere Gegner aus allen Körperschaften, so aus den Kuratorien, fernzuhalten. Nedner weist auf die Wichtigkeit der Befugnisse des Kreistages hin, auf den eine Einflussnahme durch das geltende Wahlrecht leider ausgeschlossen sei. Der Kreistag verfügt über das Kreisvermögen, kann Anleihen aufnehmen und die Angehörigen belasten. Da wollen wir auch mitreden. Wenn wir auch in der heutigen Gesellschaft kein sozialistisches Gemeinwesen schaffen können, so müssen wir doch der Klauenwirtschaft in den Stadtverordnetenversammlungen ein Ende bereiten.

Die Diskussion beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage, ob der Brandenburger oder der Berliner Fassung des Punkt 1 der Vorzug zu geben sei. Von den Befürwortern der Brandenburger Fassung wurde hervorgehoben, daß die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nicht Sache der Gemeindeverwaltung, sondern der Landesgesetzgebung sei und in einem Kommunalprogramm nicht Dinge gefordert werden dürften, die die Gemeindeverwaltung zu erfüllen nicht in der Lage sei. Von den Anhängern der Berliner Fassung wurde dem gegenüber betont, daß dieser Punkt des Aktionsprogramms vor allem propagandistisch auf die breiten Massen bei den Wahlen zur Gemeindevertretung wirken soll. Das Verlangen nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entspreche nur einer Forderung im sozialdemokratischen Parteiprogramm, die Berliner Fassung sei präzis, die Brandenburger wie nur abschwächend.

Punkt 1 wurde schließlich mit übergroßer Majorität in der Berliner Fassung angenommen.

Es folgt die Beratung des Punkt 2 des Programms-Entwurfs: „Auf dem Gebiet des Schulwesens fordern wir: Weltlichkeit der Schulen, obligatorischen Besuch der Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden. Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder. Schulärzte zur regelmäßigen Prüfung und ärztlichen Beaufsichtigung der Schüler, der Schulen und Schuleinrichtungen. Schaffung einer Klassenfrequenz, die einen geordneten Unterricht ermöglicht. Besondere Schulklassen für minder Befähigte. Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder. Obligatorischen Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre. Erteilung des Fortbildungsunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Lesehallen.“

Referent ist Singer: Unsere Forderung: Weltlichkeit der Schule muß auf dem Wege der Gesetzgebung erkämpft

werden. Aber gelegentlich der Wahlen zur Gemeindevertretung haben wir durch die Aufstellung dieser Forderung die Massen mehr und mehr darüber aufgeklärt, wie schädlich unsere heutige Schulverfassung ist; erst dadurch erklären sich unsere anderen Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens. Wir wollen den Religionsunterricht aus der Schule herausheben, die von allen dogmatisch-konfessionellen Fesseln losgelöst werden muß. Die Religion soll nicht wie jetzt den überwiegenden Teil des Unterrichts bilden. Entsprechend unserem Programm, daß Religion Privatsache ist, hat jeder das Recht, für sich und seine Kinder auf diesem Gebiete zu thun und zu lassen was ihm gefällt. Wir greifen nicht mit rauher Faust in das Herz unseres Volkes, wir wollen den Leuten, die aus Unbildung, aus Gewohnheit gewisse Dinge, die wir überwinden haben, noch für nötig erachten, unsere Ansicht nicht aufdrängen, wir wollen sie nur aufklären und belehren. Aber wir wollen die Religion zur wirklichen Privatsache machen. Wer das Bedürfnis nach religiösen Übungen für sich und seine Kinder empfindet, mag die Leute bezahlen, die ihm dies Bedürfnis befriedigen. Die Gemeinemittel aber sollen nicht hierfür verwendet werden. Jetzt überwuchert die Religion den übrigen Unterricht in der Schule. Selbst die Pädagogen der Berliner Volksschule kennen ihr Gesangbuch gut auswendig, wissen in der Bibel leidlich Bescheid, aber in allen Kenntnissen für das praktische Leben, im Briefschreiben, in der deutschen Sprache stoßen wir häufig auf ein großes Manko. Wir wollen ferner die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und seine Ergänzungen: Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Errichtung von Schulkantinen. Wir wollen dadurch erreichen, daß die vergiftenden Gegensätze zwischen Arm und Reich nicht bereits in die Herzen der Kinder eingepflanzt werden. Wenn die Gemeinde wie hier in Berlin jährlich etwa 70 Mark für jeden Jungen ausgiebt, indem sie ihm freien Volksschulunterricht schafft, so wird es wohl auch der Ehre des besser situierten Vaters nicht widersprechen, wenn die Gemeinde noch 5 Mark für die Lehrmittel zahlt. Wir wollen durch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel den unwürdigen Zustand beseitigen, wo ein Fonds für unentgeltliche Vergabe von Lehrmitteln vorhanden ist, dessen Inanspruchnahme aber sofort zum Verlust des Wahlrechts führt. Unsere Forderung „Errichtung von Schulkantinen“ soll den Zustand beseitigen, daß tausende und abertausende von Kindern infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Eltern ohne Frühstück zur Schule gehen. Wie soll es mit hungerigem Magen erfolgreich dem Unterricht folgen können? In der Frage der Schulärzte haben wir in Berlin durch unablässiges Drängen einen kleinen Erfolg erreicht. Diese Bahn muß weiter beschritten werden. Unsere Gegner wenden beständig ein: Ihr stellt in den Kommunen beständig Forderungen, die uns zu Selbstaufgaben führen, die wir durch Steuern decken müssen, während es doch feststeht, daß die Arbeiterklasse zu den städtischen Steuern, wenn es nicht indirekte sind, recht wenig beiträgt. Wir haben darauf nur die Antwort, daß die Herren ihre Fähigkeit, Steuern zu bezahlen, erst aus der Arbeiterklasse herausziehen. Was sie in Form von Mehrwert über den Arbeitslohn und die Produktionskosten hinaus in gemütem Arbeiterlohn gewinnen, bringt sie erst in die Lage, die Steuern zu zahlen. Das giebt ihnen aber nicht das Recht, sich der Masse gegenüber auf den Probenstandpunkt zu stellen. Wir verlangen Schulärzte, weil die Eltern in vielen Fällen ärztliche Hilfe zu spät in Anspruch nehmen. Die Kinder sollen vom sachkundigen Auge des Arztes von Zeit zu Zeit geprüft werden. Die Aufsicht der Schulärzte soll sich auf die gesamten Schuleinrichtungen, die Klassenräume, die Heizung, die Ventilation erstrecken. Um die Wirkung des Unterrichts zu sichern, muß eine Maximalfrequenz für die Schulklassen der Volksschulen festgesetzt werden. Wir verlangen für die Volksschulen dasselbe, was die Regierung für die höheren Schulen bestimmt hat, für die höheren Mädchenschulen z. B. nicht mehr als dreißig. In Preußen dürfen einem Unterrichtsbeamten nicht mehr als 17 Mann zur Ausbildung überwiesen werden. Da kann nicht für 65 oder 70 Kinder ein Lehrer genügen.

Wir verlangen für die minder befähigten Kinder besondere Schulklassen, damit die normalen Kinder nicht durch die minder befähigten leiden. Unsere wichtigste Forderung aber ist das Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder. Das Verbot der Fabrikarbeit für Kinder unter 14 Jahren hat die Kinder aus der Fabrik in die Hausindustrie gebracht. Dort sind sie jeder Kontrolle durch die Gesetzgebung entzogen. Wir verdanken dem Nixdorfer Lehrer, Herrn Agab, wertvolle Erhebungen über Art und Umfang der Beschäftigung von Kindern in der Hausindustrie. Von 10993 Kindern der 14 Schulen Charlottenburgs sind 979 erwerbsmäßig beschäftigt, 246 davon befinden sich im Alter von unter 10 Jahren. Der Beginn der Arbeitszeit für diese Kinder liegt bereits bei einigen auf 3 $\frac{1}{2}$  Uhr morgens, bei 237 Kindern zwischen 4—5, zwischen 5—6 bei 242, zwischen 6—7 bei 68 Kindern. Die tägliche Arbeitszeit dieser Kinder beträgt 9—10 Stunden bei 21, 8—9 bei 20, 7—8 bei 86, 6—7 bei 62, 5—8 bei 85, 4—5 bei 78 Kindern. Von diesen Kindern müssen 8 20 Treppen steigen, 51 40 Treppen und 7 müssen 60 Treppen steigen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Nixdorf. Wie schädlich diese gewerbliche Nebenbeschäftigung auf die geistigen Fähigkeiten der Kinder wirkt, geht daraus hervor, daß 58 Prozent der Kinder unter dem Durchschnittsleistungen der übrigen Kinder stehen. In Nixdorf sind die Kinder beschäftigt mit dem Austragen von Backwaren, als Regelfungen, Teppichknüpfer, Silberpolierer, Kellner und Hanfierer. Diesem ganz entgeglichen Unfug muß ein Ende

gemacht werden, die Gemeinde muß hierauf durch ein Statut. In Spandau ist ein solches Ordinal erlassen, dasgleichen in Hamburg durch den Senat, in Berlin ein solcher Antrag liegt im Ausschuss beraten. Offenbar muß auf diesem Gebiet bald Wandel geschaffen werden. Neben empfiehlt noch kurz die übrigen Teile der Nummer 1 des Programms-Entwurfs, den obligatorischen Fortbildungsunterricht und die Errichtung von Lesehallen und Volksbibliotheken. Nehmen Sie diese Forderungen an und bezeichnen Sie damit, daß Sie die Erziehung der Jugend für die wichtigste Vorbereitung der Zustände halten, wie wir sie erstreben, in denen die Auechtung der breiten Masse der Bevölkerung ein Ende hat. (Sehhafter Beifall.)

In der hierüber aufgenommenen Debatte erhält zunächst das Wort Borgmann-Berlin: Die Forderung: Obligatorischer Besuch der Volksschule, ist etwas unklar gefaßt; es könnte so scheinen, als soll der jetzt schon bestehende obligatorische Besuch der Volksschule gefordert werden. Das ist aber nicht der Fall. Obligatorischer Besuch der Volksschule von allen Kindern ist zu fordern. Dann wird sich das Niveau der Volksschule schon heben. Es muß also gesagt werden: Jedes Kind muß bis zum 14. Jahre die Volksschule besucht haben. Die höheren Schulen sollen die Volksschule als Unterbau haben. Begabte Kinder könnten in die höheren Schulen versetzt werden, freilich nicht alle, daran hindern uns die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Dupont-Berlin kann sich nicht dazu verstehen, daß jedes Kind bis zum 14. Jahre die Volksschule besuchen muß. Andererseits sei es gefährlich, die Volksschule mit klassischem Bildungstoff zu belasten. Notwendig sei ein Ausbau der Volksschule, daß sie für das gewerbliche praktische Leben vollausgerüstet. Den Eltern müsse es überlassen bleiben, ob sie ihren Kindern eine mehr oder minder hohe Bildung angeheben lassen wollen.

Suth-Brandenburg beantragt, den Fortbildungsunterricht auf mindestens drei Jahre zu begrenzen und auch die Worte „für beide Geschlechter“ zu streichen. Junge Leute über 17 Jahre, die oft schon Gefellen sind, besuchen nicht gern mehr die Fortbildungsschule.

Dbst-Schöneberg bittet um Direktiven, wie man sich der Gründung von höheren Schulen gegenüber verhalten solle. Vorläufig müsse man doch im Interesse der Verbreitung größeren Wissens die Zustimmung zu solchen Gründungen geben. Weiter: Ist höheres Schulgeld für nicht ortsangehörige Kinder zulässig?

Nepera-Nixdorf meint, daß man, so lange die Volksschule nicht allen Anforderungen entspreche, gegen jede Gründung höherer Schulen Protest einlegen muß.

In seinem Schlusswort geht Singer auf diese Fragen ein. Unter den Worten: obligatorischer Besuch der Volksschule ist zu verstehen, daß jedes Kind die Volksschule zunächst besucht haben muß. Wir fordern also die Abschaffung aller Vorschulen von höheren Lehranstalten. Für die Gründung höherer Schulen müssen wir sein, auch wenn die Gemeinde noch nicht für bessere Volksschulen gesorgt hat. Was die Frage des höheren Schulgeldes für nicht ortsangehörige Kinder betrifft, so sind wir prinzipiell für unentgeltlichen Unterricht. Wenn aber im speziellen Falle eine gute Schule stark von Auswärtigen besucht wird, so ist die Frage vom Standpunkt des Gemeindevertreters zu behandeln, und da heißt es: die Ortsgenährigen müssen den Vorrang haben. Gerade diese Debatte beweist, wie nützlich es ist, wenn eine derartige Konferenz häufiger zusammentritt. (Zustimmung.)

Punkt 2 wird in der Berliner Fassung hierauf fast einstimmig angenommen.

Punkt 3 und 4 des Programms haben folgenden Wortlaut: Einrichtung und Unterhaltung einer geregelten Kranken- und Gesundheitspflege unter Beachtung aller vorbeugenden Mittel (z. B. öffentliche Badeanstalten, Schulbäder, durch ansteckende Krankheiten notwendig werdende unentgeltliche Desinfektion, Spielplätze, Unterstützung des freiwilligen Turnwesens, Schaffung von Berufs-Feuerwehren, Wohnungs- und Straßenhygiene usw.). Armen- und Waisenpflege mit ausreichenden Unterstützungslagen. Einrichtung von Abfäll- und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle.“

Nach kurzer Begründung durch Singer wurden diese beiden Programmpunkte einstimmig angenommen.

Ebenfalls debattelos angenommen wird Punkt 5: „Die Gemeindesteuern sind auf direkte Steuern zu beschränken. Ausschluß jeder indirekten Verbrauchs- oder Kopfsteuer.“

Zu Punkt 6: „Beleuchtungs-, Verkehrs-, Kräfteerzeugungs- sowie sonstige für die Gemeinde notwendige Betriebe sind der Privatinitiative zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinden zu errichten und zu betreiben, auch sind andere Gemeindefürsorgearbeiten (Wau, Pflaster u.) so weit angängig, in Gemeinde-Regie auszuführen.“

entpinnst sich nur eine unwesentliche Debatte, und der Punkt wird unverändert angenommen.

Punkt 7 lautet: „Kommunales Wirtschaftswesen, Vergebung der Gemeindefürsorgearbeiten und Lieferungen nur unter vertragsmäßiger Verpflichtung der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen mit städtischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Fachorganisationen der

**Die Mitglieder der Gemeindevertretung**  
keine Reden über die Gemeinde  
angehen dürfen. Obgleich die Mitglieder in keiner Weise  
den öffentlichen Unternehmungen beteiligt sein, die in einem  
Betriebe oder Verwaltungsgeschäfte zur Gemeinde stehen.

**Fr a h l und V e y e r** - Nowarow beantragen Punkt 7  
zu fassen: An Mitglieder der Gemeindevertretung dürfen,  
soweit angängig, keine Arbeiten oder Lieferungen für die  
Gemeinde übertragen werden. Nowarow sei eine sehr arme  
Gemeinde; es fehle geradezu an sachverständigen Elementen.  
Die Sozialdemokratie habe tüchtige Handwerker in die Ver-  
tretung gewählt. Jetzt habe sich ein solch hineingewählter  
Gewisse selbständig gemacht. Sollte dieser nun auf jede Ge-  
meindearbeit verzichten? Das sei doch ungerecht.

**S i n g e r** ist hoch der Meinung, daß es nicht geduldet  
werden kann, daß ein Gemeindevertreter durch seine Stimme  
seine Arbeit und Verdienst verschafft. Es hieße übermensch-  
liches fordern, wollte man von einem solchen Mann ver-  
langen, daß er gegen sein Interesse stimmt. Es müsse des-  
halb eine Barriere aufgerichtet werden und zwar für alle  
Parteien, auch die eigne. Der Abänderungsantrag ist eine  
Tölpel, durch die das Prinzip hinausgeworfen werden kann.  
Das geht nicht an. Das Programm kann nur die Prinzipien  
der Partei zum Ausdruck bringen und kann nicht auf die  
Verhältnisse des einen oder anderen Parteigenossen Rücksicht  
nehmen. (Zustimmung.)

Dieser Standpunkt wird noch von anderen Rednern  
vertreten und Punkt 7 hierauf unter Ablehnung des Ab-  
änderungsantrages angenommen.  
Die definitiv festgestellte Präsenzliste ergibt die An-  
wesenheit von 55 Delegierten. Als Gäste sind außer den  
beiden Leipziger Gästen noch Adler-Harburg und Knappe-  
Stettin eingetroffen.

Punkt 8, 9, 10 und 11 des Programms lauten:  
Für die in Gemeinde-Auftrag beschäftigten Arbeiter  
und Beamten ist ausreichende Bezahlung, sowie eine Arbeits-  
zeit von nicht länger als 8 Stunden täglich herbeizuführen;  
desgleichen sind Pensions-, sowie Witwen- und Waisen-  
Unterstützungsgassen für die Arbeiter zu errichten und die  
Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung für  
sämtliche in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter in  
Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter  
ist sicher zu stellen und darf in keiner Weise eingeschränkt  
werden. In allen städtischen Betrieben sind Arbeiter-  
ausschüsse zu errichten.

Übernahme der Markt-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-,  
Gesundheits- und Sicherheitspolizei in die Gemeindeverwaltung.  
Errichtung von Gewerbegerichten. Ausdehnung der  
Krankenversicherung auf die Hausindustrie.  
Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens.  
Alle diese Programm-Punkte, über die Bruhns - Berlin  
referiert, werden einstimmig gutgeheißen.  
Damit sind die Arbeiten der Konferenz erledigt. Be-  
schlossen wird, alle zwei Jahre eine solche Konferenz zu  
sammentreten zu lassen.  
Singer schließt hierauf die Verhandlungen mit einem  
begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch auf die Partei.

### Soziale Bewegung.

**General-Versammlung des Central-Verbandes der Handels-,  
Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands am 25. De-  
zember 1898 in Kassel.**  
Den Kasernenbericht gibt Kahler. Aus demselben ist zu ersehen,  
daß der Verband eine Gesamtannahme von 47 992,95 Mark hat, dem  
eine Ausgabe von 39 978,80 Mark gegenübersteht. Der Gesamtkassen-  
bestand betrug am 1. Oktober 1898 inklusive der Reservefonds der  
einzelnen Ortsvereine 1108 Mark. — Nach einer sehr regen  
Diskussion über die Frage der Einigung mit den Sozialisten findet  
folgende Resolution Annahme: Die Generalversammlung erklärt sich  
mit der Etablierung eines Einigungstongresses zu Ostern 1899 ein-  
verstanden, der die Einigung jedoch, daß der Kongress entweder in  
Kassel oder in Leipzig stattfindet. Die Generalversammlung erwartet  
von den sozialorganisierten Kollegen, daß sie sich dieser Bedingung  
fügen, weil ja die Wahl eines anderen Ortes von den Parteien namhafte  
Ansprüche aufstellen würde, die im Interesse der Organisation gepörrt  
werden können. Die Generalversammlung spricht die Hoffnung aus,  
daß der Kongress zu einer Einigung führt und verlangt in diesem  
Zusammenhange, daß die auf beiden Seiten gemachten Fehler  
vergessen werden, weil nur dadurch eine wirkliche  
Einigung und ein entsprechendes Handeln in der Hand erreicht werden  
kann. — Den Bericht über die Presse erstattet Dreher. Seit Bestehen  
des Sachbundes sei die Redaktion stets bestrebt gewesen, den Anfor-  
derungen der Mitglieder gerecht zu werden. Die Auflage des Blattes  
habe am 1. Dezember 1897 2000 Exemplare, am 15. Dezember 1898  
2400 Exemplare betragen. — Den Bericht der Preßkommission gibt  
Hempel-Sandberg; er erklärt, daß die Kommission keine Beanstandung  
habe, in die Art der Redaktionsgeschäfte einzugreifen, weil keine Be-  
schwerden vorliegen. In der Diskussion werden verschiedene Mängel  
an Content hervorgehoben und schließlich folgende Organisation für  
die Presse angenommen: Der Courier erscheint ab 1. Januar 1899  
alle 14 Tage und zwar so, daß er jedesmal Freitags in Händen der  
Ortsverbände ist. Der Datum der betreffenden Nummer ist der  
auf den Freitag folgende Sonntag. Aus praktischen Gründen bleibt  
die Form des Couriers die bisherige und werden demselben  
nach Bedarf einfache respektive doppelte Beilagen beigegeben. —  
Für die Diskussion über den Punkt: Wie betreiben wir in Zukunft  
unsern Kampf? wurde ein Antrag Adlers-Regensburg angenommen.  
In demselben lautet: Die heutige Generalversammlung beschließt  
Verhandlungen zu empfangen, wo es die örtlichen Verhältnisse  
erfordern. Die Einlassung der Beiträge einzuführen, da dieses mit dem  
des Verbandes bilden, wie es Regensburg und Hamburg be-  
trifft, seit längerer Zeit zur Zufriedenheit existiert. Ferner

Die Versammlung zu diesem Punkte folgende Resolution: „Da in  
unserer Organisation eine ungenügende Agitation nicht angebracht  
ist, so beschließt die Generalversammlung es den einzelnen Orts-  
vereinen zu empfehlen, die Agitation zu betreiben,  
wie es die örtlichen Verhältnisse erfordern. Um aber den Orts-  
vereinen geeignetes Material an die Hand zu geben, beauftragt  
die Generalversammlung den Vorstand, eine Statistik über die Arbeit-  
zeit und gesamten Verdienste in unserem Berufe auszunehmen.  
Das Ergebnis derselben ist zu einer Agitationsprospekte zu verarbeiten  
und den Ortsvereinen gratis zur Verfügung zu stellen.“ Als  
Sitz des Ausschusses wird Stuttgart bestimmt. Als Vorsitzender des-  
selben wird Schöle gewählt. Als der Preßkommission bleibt Hempel-  
Sandberg derselben ist Hempel. Als Ort der nächsten General-  
versammlung wird Nürnberg bestimmt. Zum nächsten Gewerkschafts-  
kongress werden als Delegierte Schumann, Berlin, Hempel, Sandberg,  
Schmidt-Regensburg und Adler-Regensburg gewählt. — Will Rücksicht auf  
das Bestehen der Arbeiterorganisationen werden, so kann die Einigung  
auf Einführung einer besonderen Heftunterstützung abgelehnt. Mit-  
glieder, welche wegen Minderens der Beiträge gestrichen worden, können  
in Zukunft nur wieder beitreten, wenn sie außer dem Eintrittsgeld noch  
sechs Wochen Beitrag bezahlen. Die Herabsetzung der Beiträge wird  
abgelehnt und wird beschlossen, die diesbezüglichen Ausnahmen einzelner  
Gewerkschaften nur noch bis Ostern 1899 gelten zu lassen. Ein  
Antrag Berlin, statt des bisherigen Agitationsbeitrages von 10 Pf.  
pro Vierteljahr einen solchen von 20 Pf. zu erheben und dafür die  
Einkaufspreise zur Generalversammlung fallen zu lassen, wird angenommen.  
Ein Antrag Hannover, den einzelnen Gewerkschaften die Entgegen-  
nahme höherer Beiträge zu untersagen, wird abgelehnt, abgelehnt werden  
ferner die Anträge Hamburg und Wandsbeck zu § 8 des Statuts, be-  
treffend die Gewerung der Mitgliedschaft im Verbands seitens An-  
gehöriger eines anderen Berufes. —

**Unst. Die Stockholmer Feinbäckerei-Arbeiter**  
wollen nicht länger zu den bisherigen Lohn- und Arbeits-  
verhältnissen arbeiten. Sie stehen daher mit den Meistern  
in Unterhandlung über eine Neuverteilung. Als Vergleichs-  
vorschlag haben sie nun gefordert: Arbeitszeit von höchstens  
10 Stunden pro Tag; jeder Arbeiter hat nachts mindestens  
neun zusammenhängende Freistunden; Ueberstunden am Tage  
werden mit 50 und 40 Dore je nach der Arbeit vergütet,  
in der Nacht mit 75 und 85 Dore. Alle sogenannte Nacht-  
arbeit wird als Ueberstunde gerechnet und mit je 1 Kr.  
bezahlt. Der Mindestlohn beträgt 27 und 18 Kronen pro  
Woche. —

**Streik der Pariser Handelsangestellten in**  
der Kolonialwarenbranche. Der Streik wurde erklärt nach  
langwierigen erfolglosen Unterhandlungen mit den Ladenbesitzern.  
Die Angestellten hatten folgende Forderungen auf-  
gestellt: zwölfstündiger Arbeitstag einschließlich zwei Stunden  
für die Mahlzeiten; Lohnsteigerung am Sonntag und an Feiertagen,  
ausgenommen Neujahr, Ostern und Weis-  
nachten, wo der Lohnschluß erst um 6 Uhr verlangt wurde;  
zwei volle und bezahlte Ruhetage im Monat; ein voller  
Feiertag im Jahre; Anerkennung der Gewerkschaft als des  
ausschließlichen Vermittlungsorgans für den Arbeitsnachweis;  
vollständige Abschaffung der Bußen. Nur 13 Ladenbesitzer  
willigten in die Forderungen ein, ohne es auf den Streik  
ankommen zu lassen. Es ist in Paris die erste massenartige  
Bewegung einer Proletariatschicht, die in so vielen Beziehungen  
viel schlechter daran ist, als die Fabrikarbeiter. Die Pariser  
Spezialangestellten haben erst vor zwei Monaten die Notwen-  
digkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkannt. Sie sind  
also ganz auf die Unterstützung des Proletariats angewiesen.  
Die Aussichten sind gut infolge des Zusammenfallens des  
Streiks mit der Feiertags-, der beschäftigtesten Periode im  
Spezialgeschäft. Ueber den bisherigen Verlauf der Streik-  
bewegung entnehmen wir der Petit Republique noch das fol-  
gende: Am Sonntagabend morgen, dem ersten Tage des Aus-  
standes, stellten sich in der Bourne du Travail 5000 Aus-  
ständige dem Streikkomitee zur Verfügung. Das bedeutet  
gegenüber der Zahl der in Betracht kommenden Angestellten  
allerdings doch nur eine verhältnismäßig geringe Zahl. Ein  
groß Teil Indifferenter hat sich der Bewegung nicht ange-  
schlossen. Andererseits jedoch ist die Zahl der Feiertags-  
groß genug, um die Geschäftsinhaber in Verlegenheit zu  
setzen. Es fand sich denn auch ein Teil, darunter die In-  
haber großer Geschäfte, die sich bis zum letzten Augenblicke  
ablehnend verhalten hatten, ein, um zu erklären, daß sie die  
Forderungen der Gehilfen anerkennen. Trotzdem wurde aber  
auch bei diesen die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Das  
Streikkomitee rief ihnen an, bei ihren Kollegen dahin zu  
wirken, das die Gesamtheit der Unternehmer bewillige. Bis  
Montag hatten schon 78 Unternehmer, darunter solche, die  
30-40 Gehilfen beschäftigen, die Forderungen anerkannt.  
Bis zu diesem Tage hatte die Bewegung an Ausdehnung zu-  
genommen. Große Vegetierung rief eine in der Versammlung  
der Streikenden verlesene Depesche der Dresdener Handlungs-  
gehilfen hervor, die ihren Pariser Kollegen ihre Sympathie  
ausprechen. —

### Militärische Nachrichten.

**Der zukünftige Krieg.**  
Unter diesem Titel hat J. v. Bloch ein größeres Werk  
in russischer Sprache verfaßt, das demnächst auch in deut-  
scher Uebersetzung erscheinen wird. Dem Buche wird ein be-  
deutender Einfluß auf das Friedensmanifest des Jaren zu-  
geschrieben. Der Verfasser veröffentlicht nun in der Zeitschrift  
für Sozialwissenschaft eine Skizze, welche wichtige Ergebnisse  
seiner Untersuchung mitteilt.  
Bezüglich der Fortschritte in der Waffentechnik ist als  
ausgemachte Sache anzunehmen, daß seit der Erfindung des  
Pulvers, bis zum Jahre 1870/71 nicht annähernd so viel  
geleistet worden ist als seit 1871 bis jetzt. Die Verkleinerung  
des Kalibers für das Infanterie-Schießgewehr hat noch  
keineswegs seine technische Grenze erreicht. Nach einer Be-  
rechnung des Verfassers wird die Umformung dieser Waffe,  
welche angeblich den vierzigsachen „Kupwert“ der Waffe von  
1870 darstellt, allein den fünf Staaten des europäischen  
Dreis- und Zweibundes die Kleinigkeit von 4000 Millionen  
Frank (à 80 Pfennig) kosten. Ueberlassen wird dieser sog.  
„Fortschritt“ noch durch den der Mordwaffen bei der Militär-  
wie all der neuen Erfindungen, die in den Dienst des  
Molochs Militarismus gespannt sind.  
Die Größe der Heere im Mobilisationsfälle wird für  
den Dreibund auf 5,1, für den Zweibund auf 5,4 Millionen  
Streiter berechnet. Mit ihrer Anz. ist aber auch die An-

forderung an die Ausrüstung und Ausbau der Soldaten  
gestiegen; obwohl keine Zeit bleibt, sie an die bevorstehenden  
Strapazen für den Kriegsfall langsam zu gewöhnen. Wie  
für derartige Menschenmassen Wohnungen und Nahrungs-  
mittel beschafft werden sollen, bleibt räthelhaft. An die  
Talente der einzelnen Befehlshaber werden unerfüllbare An-  
forderungen gestellt werden. In Folge dessen wird man be-  
strebt sein, möglichst zuerst die feindlichen Offiziers Kampf-  
unfähig zu machen. Im Falle des Mißlingens wird es  
aber weit schwerer fallen, die Massen in der Gewalt zu be-  
halten. Die regelmäßige Zufuhr mittelst der Eisenbahnen  
aufrecht zu erhalten, dürfte kaum möglich sein.

Weit wichtiger aber als alle diese neuen Vorbedingungen  
des Zukunftskrieges sind seine Anforderungen an die ökon-  
omischen und sozialen Kräfte der Nationen. Mit Zug und  
Nacht bezeichnet der Verfasser diese Anforderungen als eben-  
so vollwertig wie alle anderen — fügen wir getrost hinzu, sie  
sind jeder anderen überlegen! Im höchsten Maße interessant  
und — charakteristisch ist eine Mitteilung unseres Autors,  
nach welcher Freycinet in seiner früheren Kriegsminister-  
herlichkeit einmal eine Berechnung der Kriegskosten anzu-  
stellen beabsichtigte. Allein die Ausführung unter-  
blieb infolge der Opposition aus mili-  
tärlichen Kreisen! Das genügt.

Der zukünftige Krieg wird aller Wahrscheinlichkeit nach  
ein langdauernder sein; er wird nicht sowohl durch entschei-  
dende Siege bzw. Niederlagen, als vielmehr infolge Auf-  
blühens des kriegerischen Apparates eintreten. Allein die  
Mehrzahl der Staaten wird diese Kräfteanspannung nicht  
ein Jahr lang ertragen.

Seitdem die allgemeine Wehrpflicht überall eingeführt  
ist, muß das plötzliche Herausziehen so ungeheurer Massen  
von Arbeitskräften die gewerbliche Thätigkeit so gut wie  
lähmen. Eine Krise wird entstehen, wie sie die  
Weltgeschichte noch niemals verzeichnete. Die  
Länder, welche auf regelmäßige Zufuhren aus  
dem Seewege angewiesen sind, können eine  
Hungersnot ohne Gleichen erleben. Infolge des  
Anwachsens der Bevölkerung nimmt aber das Bedürfnis  
nach Zufuhren stetig zu.

Die Kriegskosten berechnet der Verfasser nach dem Maß-  
stabe der letzten Kriege — also voraussichtlich viel zu niedrig —  
auf die Bagatelle von 105 Millionen Frank für jeden Tag  
der Kriegführung. Ist es denkbar, daß diese enorme Last  
zwei Jahre hindurch aufgebracht werden kann? So lange  
soll nämlich nach Ansicht von militärischen Autoritäten be-  
sagter Zukunftskrieg dauern. Rußland verwendet nicht  
weniger als den dritten Teil seiner Gesamtausgaben für  
militärische Zwecke. Diese Kräfte braucht aber der Staat  
notwendig für wirtschaftliche Zwecke — die anderen Nationen  
aber nicht minder, müssen wir hinzufügen.

Am Schluß beleuchtet unser Autor die sozialen Gefahren  
des Militarismus. Er sagt treffend: „Mit der Verbreitung  
der Bildung und der Vergrößerung des Wohlstandes kam  
der Krieg nur als eine Erscheinung angesehen werden, welche  
dem ursprünglicheren Zustand der Menschheit eigen  
ist und nach und nach in immer größerem Widerspruch mit  
dem Geist des modernen Lebens gerät.“

Die Kriegsvorbereitungen und die  
schwere Belastung der Völker treiben Wasser  
auf die Mühle der Sozialisten. —

### Gemeinde-Zeitung.

Für Beseitigung der Hochwasserschäden  
des Jahres 1897 sind aus öffentlichen Mitteln nach einer  
Zusammenstellung der Schlesienschen Zeitung in der Provinz  
Schlesien im ganzen 6,2 Millionen Mark aufgewandt worden.  
Hierzu treten noch die Gaben der Privatwohlthätigkeit mit  
rund 2,5 Millionen Mark. —

Ein helles Licht auf die Wirksamkeit der preussischen  
Dreiklassenwahl wirft eine Statistik, die dieser Tage aus  
Anlaß eines Spezialfalles in Charlottenburg aufgestellt wor-  
den ist. Die Stadt Charlottenburg besitzt keine höheren  
Bürgerschulen, erleichtert aber dem Mittelstande den Zutritt  
zu ihren höheren Lehranstalten insofern, als sie die Er-  
höhung des Schulgeldes, welche in den letzten  
Jahren die unliegenden Ortschaften und die Staatsanstalten  
vorgenommen haben, nicht mitgemacht hat. In der Stadt-  
verordneten-Versammlung besteht nun eine Strömung, welche  
bereits seit längerer Zeit auf Erhöhung des Schulgeldes hin-  
arbeitet. Obgleich der Magistrat, auch in Rücksicht auf die  
durchaus günstige Finanzlage, Widerstand leistete, obgleich  
eine weitgehende Bewegung in der Bürgerschaft sich gegen  
die Erhöhung aussprach, obgleich angesehene Persönlichkeiten  
wie z. B. Mommsen (der Charlottenburger Ehrenbürger ist)  
eindringlich davor warnten, wurde doch in der Sitzung der  
Stadtverordneten vom 21. Dezember die Erhöhung mit 33  
gegen 26 Stimmen beschlossen. Praktisch wird dieser Be-  
schluß zwar keine Folgen haben; denn der Magistrat wird  
ihm ebenso wenig wie früher beitreten. Von Wichtigkeit  
aber ist die Feststellung, wie hierbei die Stadtverordneten  
der drei Klassen sich gestellt haben. Es stimmten in nament-  
licher Abstimmung von den Stadtverordneten der  
für Erhöhung gegen Erhöhung

I. Klasse	19	2
II. "	11	7
III. "	3	17
zusammen 33		26

Es sind also im wesentlichen die Stadtverordneten erster  
und zweiter Klasse gewesen, welche den Beschluß durchsetzten,  
und zwar in allererster Linie die Vertreter der ersten Klasse,  
welche fast geschlossen für eine Erhöhung eintraten, die für  
einen wohlhabenden Haushalt sehr wenig, für einen weniger  
gutsitzierten viel bedeutet. In Charlottenburg schließt  
nach der Rangliste die erste Klasse mit einem Steuer-  
beitrage von (Staats- und Gemeindesteuern zusammengezogen)  
2854,20 Mark ab, d. h. wer nicht etwa Grundbesitzer oder  
sonst Realsteuerzahler ist, kann hier erst von einem Einkommen  
von etwa 40 000 Mark in die erste Klasse kommen. Selbst



## Geächtet.

Nachdruck verboten.

Montan von Ferdinand Bernhart.

Gerhard wollte die Probe manhaft zu bestehen, und in dem verdoppelten Eifer, mit welchem er sich in seine Arbeit verließ, bemerkte er nicht einmal die feindseligen und sauernden Blicke, welche Münchberg immer und immer wieder zu ihm hinüber sandte.

Nach dem Mittagessen pflegte der Buchhalter auf dem Sofa des gemeinschaftlichen Zimmers eine halbe Stunde Musik zu halten, und diese Zeit benutzte Gerhard für die Bekümmernisse des Tages. Als ihn die tiefen Atemzüge des Buchhalters in den Glauben verließen, daß jener eingeschlafen sei, was diesmal merkwürdig schnell geschah, schloß er sich, ihm den Rücken zuwenden, an das Fenster und schüttelte mit seinem Taschmesser vorsichtig einen per Räuber des düstigen Billets entwei.

Als er die zierlichen und für eine Damenhand noch merkwürdig bestimmten Schriftzüge des kurzen Briefchens vor sich sah, hätte er sie am liebsten sofort an seine Lippen gedrückt, aber selbst das erschien ihm als eine Klügelheit, welche er sich der Tochter seines Prinzipals gegenüber nicht gefallen durfte und so begnügte er sich damit, die wenigen Zeilen wieder und immer wieder zu lesen!

„Lieber Herr Mann!“

Sie halten uns gewiß für recht undankbar, daß wir am Sonntag abend nicht besser für Sie gesorgt haben und daß Ihnen noch nicht einmal ein ordentliches Wort des Dankes gesagt worden ist. Aber es fehlte der Tante und mir dazu an nichts anderem, als an der Gelegenheit, und Sie können sich wohl denken, daß ich lange gezögert habe, diesen etwas unschicklichen Weg zu betreten. Es weiß auch niemand davon, nicht einmal Tante Dorette, aber ich konnte mir nicht versagen, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit vieler Mühe dem Papa seine Einwilligung abgemeldet und abgetrotzt habe, daß Sie zum Sonnabend abend eingeladen werden sollen. Sie haben nun Zeit, sich auf dies ungeheuerliche Ereignis würdig vorzubereiten, denn ich fürchte, Papa wird mit seiner Einladung erst im letzten Augenblick herausfinden. Natürlich dürfen Sie nicht verraten Ihre Bundesgenossin.

Bissy Mehlisen.

Gerhard war beinahe bestürzt über die Aussicht, welche ihm da eröffnet wurde. Er — in der Abendgesellschaft bei seinem Chef! — Welch eine Fülle von peinlichen und beängstigenden Situationen konnte sich daraus ergeben, in welche Verlegenheit würde ihn seine gesellschaftliche Unbeholfenheit gerade an einem Orte bringen, an welchem eine gewisse Befangenheit selbst bei einem ungleich gewandteren Jüngling, als er es war, wohl selbstverständlich erschien.

Er versank in ein sorgvolles Nachdenken über diesen Gegenstand, als ihn eine leichte Bewegung Münchbergs erschreckt aufstehen ließ und ihn daran erinnerte, daß er vor allem Bissy's Brief vor jedem Späherauge sichern müsse; ihn zu vernichten, konnte er sich nicht entschließen. Vielleicht hätte er es über sich gewonnen, ihn in goldig lobende Plaudereien zu sehen, aber es wäre ihm wie eine Verhöhnung erschienen, das düstige Blatt, das ihm ein Kleinod dünkte in Stücke zu reißen. In der Tasche seines Rockes aber war es ihm nicht sicher genug, und so entschloß er sich denn endlich, es vorherhand in dem kleinen Schränkchen, das ihm für seine Wäsche und seine sonstigen kleinen Habsehlkeiten eingeräumt worden war, zu verschließen. Ein Blick auf Münchberg überzeugte ihn, daß derselbe immer noch tief atmend und mit geschlossenen Augen auf seinem Ruhebett lag, und so führte er denn sein Vorhaben aus und steckte den Schlüssel sorgfältig zu sich.

Als der Buchhalter nach seiner Gewohnheit am Abend ausgegangen war, wollte sich Gerhard die Freude machen, den Brief noch einmal zu lesen; aber das Schloß des Schränkchens, welches sich sonst auf einen leichten Druck ohne jede Unbequemlichkeit hatte öffnen lassen, widerstand diesmal lange Zeit allen seinen Bemühungen, wie es der Fall zu sein pflegt, wenn vorher ein Nachschlüssel in Anwendung gebracht worden ist. Der ängstlichen Ahnung erfüllt, verdoppelte Gerhard seine Anstrengungen, und endlich gelang es ihm denn auch, die Thür offen zu bringen. Aber ein einziger Blick in das Innere des Schränkchens belehrte ihn, daß dasselbe von einer unerwarteten Seite durchwühlt worden sei. Während er selbst stets mit beinahe peinlicher Gewissenhaftigkeit auf strenge Ordnung hielt, lagen jetzt alle Gegenstände wirt durcheinander, es hätte ein Fremder etwas unter ihnen gesucht und sie dann aus Furcht, überrascht zu werden, nur notdürftig und in liegender Hast in ihre frühere Lage zurückgebracht. Aber es fehlte nichts, und auch Bissy's Brief war vorhanden, wenn sich auch Gerhard mit voller Bestimmtheit erinnerte, ihn vorher an eine andere Stelle gelegt zu haben.

Die unerwartete Wahrnehmung erfüllte ihn mit großem Schrecken und er stand eine geraume Weile ganz ratlos und niedergeschlagen da. Wer konnte ein Interesse daran gehabt haben, seine kleinen Habsehlkeiten während seiner Abwesenheit so hinterlistig zu durchforschen? — Ein gemeiner Dieb? — Wohl schwerlich! Denn selbst wenn man dem thörichtesten Bedienten Raum geben wollte, daß ein solcher sich gerade das Manufakturstückchen der beiden jungen Leute zum Kunststück ansehe, hätte er doch sicherlich die Vorstecknadel und das kleine Geldbeutelchen, welche er gerade jetzt offen daliegen, an sich genommen. Aber wenn sonst sonst dürfte Gerhard einen Verdacht erheben? Die Wäsche hatte während der Nachmittagsstunden im Zimmer zu liegen, und sonst kam niemand hier

herauf als Münchberg. Aber war es denn möglich? Durfte er auch nur einen einzigen Augenblick an diese Möglichkeit denken? Durfte er seinen Subingenossen eines Unrechts fähig halten, das nicht mehr als einen einzigen Schritt entfernt war von einem wirklichen Verbrechen?

Ohne daß er sich Mühe gegeben hätte, darüber nachzudenken, fiel ihm doch mit einem Mal alles ein, was er bisher an auffälligen oder verdächtigen Eigentümlichkeiten Münchbergs wahrgenommen hatte, und daß derselbe ein großes Interesse daran habe, jedem seiner Schritte nachzuforschen, hatte er trotz seiner Arglosigkeit längst bemerkt. (Fortsetzung folgt.)

## Winter.

Aus dem Leben. Von E. S.

Kling-ling-ling! Leicht gleitet der Schlitten über den weichen Schnee; die schabradenbedeckten Ponties stampfen mit feinem Hufe den Boden und in strahlender Schönheit lächelt das schmale Gesicht der jungen Gräfin aus dem seidenweichen, warmen Pelze.

„Nun ist ja wohl die Zeit der Langeweile vorbei, Gräfin,“ meint der Begleiter mit lebenswürdigem Lächeln, diesem Lächeln, das den jungen, hübschen Baron so unwiderstehlich macht.

„Ach, denken Sie nur, lieber Baron, diese letzten Tage! Brrr! Was meinen Sie wohl — Rastor! hierher, hierher, Rastor! das Tier ist ganz aus dem Häuschen vor Freude! — nun, raten Sie 'mal, wie ich mir diese letzten Tage die Zeit vertrieben habe?“

„Ich vermute, mit der Lektüre der neuesten französischen Romane. Marcel Prebost zum Beispiel?“

„Fehlgeschossen! lieber Baron,“ lachte die Gräfin, „gründlich fehlgeschossen! Nicht einmal lesen möchte ich und erst recht nicht französische Romane. Es ist so langweilig, immer dasselbe zu lesen, dieselben pikanten Standesgeschichten immer. Meinen Sie nicht auch, Baron?“

„Nun allerdings möchte auch ich diese Sachen nicht lesen. Aber so zwischenhinein, oder glauben Sie nicht selber auch, daß es gar nichts schaden kann, so von Zeit zu Zeit unsere beschränktspießbürgerlichen Anschauungen — Verzeihung! — durch die Produkte französischer Eleganz und französischer Leichtsinns ein bißchen, na, sagen wir: aufzufrischen?“

„Das ist bei Ihnen ja wohl nicht nötig, lieber Baron,“ neckt die Gräfin. Sie hat die Anspielung des Barons ganz gut verstanden. „Aber kommen wir wieder auf meine Frage zurück, womit, glauben Sie, habe ich die fürchterliche letzte Zeit totgeschlagen?“

„Sie machen mich neugierig, Gräfin!“

„Nun, so hören Sie denn: die Gräfin Wehnheim hat — Strümpfe gestrickt. Was sagen Sie dazu, Baron?“

„Dazu sage ich nur, daß ich den Glücklichen beneide, für den diese Strümpfe bestimmt sind.“

„Danke sehr, lieber Baron!“

„Darf man fragen, wer dieser Glückliche ist? Etwas der Graf...“

„Nein, wie Sie heute komisch sind, Baron! Wie sollte ich dazu kommen, Strümpfe für meinen Mann zu stricken? Nein, Sie sind wirklich komisch!“

„Also ist der Glückliche — ein Anderer?“ fragt der Baron mit gut gespielter Eifersucht.

„Pfui, schämen Sie sich. Man strickt doch heutzutage keine Strümpfe mehr, um jemand seine Freundschaft zu beweisen!“

„Da haben Sie Recht. Verzeihung, Gräfin.“

„Bitte.“

„Aber wer...“

„Ach, das würden Sie doch nicht erraten. Die Glücklichen, die Sie so lebenswürdig sind zu beneiden, sind sehr unglückliche Arme.“

„Was Sie nicht sagen, Gräfin. Nein, darauf wäre ich allerdings nicht gekommen. Uebrigens eine brillante Idee: die reiche Gräfin Wehnheim, die das beste Haus in der Stadt macht, die eleganteste Tänzerin weit und breit — Strümpfe stricken zum Wohl der Armen. Das nennt man soziales Gefühl. Wirklich brillant.“

„Jetzt machen Sie mich aber ernstlich böse, Baron. Warum wollen Sie mein soziales Gefühl, wie Sie es nennen, nicht ernst nehmen?“

„Entschuldigen Sie, Gräfin, das will ich Ihnen ganz frei und offen sagen. Weil Sie nur Strümpfe stricken, wenn Sie Langeweile haben.“

„Danke verbindlichst. Allerdings erlaube ich mir immer noch zu glauben, daß den unglücklichen Armen — aber lächeln Sie doch nicht so ungläubig, lieber Baron —, daß den Armen mit diesen aus Langeweile gestrickten Strümpfen immer noch besser gedient ist als mit gar nichts.“

„Na ja, wie Sie wünschen, Gräfin. Uebrigens sind Sie ja mit mir darin einig, daß nun die Zeit der Langeweile und der Strümpfe hinter uns liegt. Und jetzt beginnt das eigentliche Leben! Sie werden auch in diesem Winter die Schönste sein und die eleganteste Tänzerin.“

„Nur nicht schmeicheln, Baron...“ — Kling-ling-ling. — „Hierher, Rastor! Willst Du wohl hören? Rastor, hierher! So...“

Kling-ling-ling. Der elegante Schlitten gleitet weiter auf dem weichen Schnee, die schabradenbedeckten Ponties stampfen mit feinem Hufe den Boden und in stehender Schönheit lächelt das schmale Gesicht der jungen Gräfin aus dem seidenweichen, warmen Pelze.

Der Wecker rasselte.

„Ach, zum Teufel, schon wieder Fünf!“ brummt der Mann schläfrig.

Die Frau ist schon halb angekleidet und macht sich an einem Spiritusapparat zu schaffen.

Zwei kleine Kinder schlafen ruhig in einem ziemlich breiten Wiegenbett.

„Huh!“ Die Frau schauert zusammen in ihrem dünnen baumwollenen Unterröckchen.

„Du mußt jetzt aufstehen, Fritz“, sagt sie zu ihrem Manne.

Er versteht nur halb, was sie sagt.

Er giebt einen Ton von sich, von dem man nicht recht weiß, ob es ein fragendes „Hm?“ oder ein zustimmendes „Ja!“ sein soll.

„Aufstehen sollst Du!“ wiederholt die Frau und schüttelt ihn leicht.

„Ja, im Augenblick. Ist's schon Fünf?“ Er hat das Rassel des Weckers schon wieder vergessen.

„Schon drüber.“

„Ja!“ Mit einem energischen Ruck richtet sich der Mann im Bette auf, plötzlich ganz wach, wenn auch noch voller Müdigkeit in allen Gliedern. „Ist's schon Fünf?“ fragt er nun aufs Neue.

„Zehn Minuten drüber“, sagt die Frau. Sie ist daran gewöhnt, diese Antwort mehrere Male geben zu müssen.

„Hol's der Teufel. Warum kann man nicht länger schlafen?“

Schwerfällig und leuchtend steigt er aus dem Bette.

„Ist der Kaffee bald fertig?“

„Gleich.“

„Huh... puh... ist das eine Kälte!“

„Das ist kein Wunder; es schneit, was vom Himmel herunter fällt.“

„Meiner Treu! Na, das kann man gerade noch brauchen.“

Es entsteht eine kleine Pause.

Dann sagt die Frau, gleich als habe sie die Gedanken ihres Mannes verfolgt und gebe nun darauf Antwort: „Ja, Holz und Kohlen müssen wir jetzt haben, man muß doch ein bißchen einheizen!“

„Ist der ganze Kest vom letzten Jahre schon verbraucht?“

„Jesse, Fritz, die paar Britetts und das bißchen Holz.“

Das begreift er ja, natürlich, er hat ja selber an ein paar nachkalten Herbsttagen seine Frau veranlaßt, ein wenig einzuheizen. Aber ganz klar ist er doch nicht darüber, wie die Sache gemacht werden soll. Beim Konsum steht ein hübscher Posten, der bezahlt sein muß; der Verwalter hat bereits zweimal gemahnt.

Jetzt beginnt die Frau wieder: „Der Emil muß auch unbedingt Stiefel haben, man kann die alten nicht mehr flicken lassen. Ja, wenn's trocken wäre...“

„Der verfluchte Schnee. Wozu braucht man denn den Schnee? Er ist nur dazu da, die armen Leute in Not zu bringen.“

„Wir müssen halt den Konsum noch einmal warten lassen,“ meinte die Frau vorsichtig.

„Es wird wohl nicht anders gehen... wenn nur der dickbäuchige Verwalter nicht wäre. Der sieht einen immer an, als ob man gestohlen hätte.“

„Ja, ein Grobian ist er,“ bestätigt die Frau.

Der Mann legt seine Arbeitsgeräte zusammen und setzt sich an den Tisch, auf dem eine große Tasse aufgewärmten Kaffees steht. Er brockt das schwarze Brot in den Kaffee hinein und beginnt langsam und nachdenklich zu essen.

Plötzlich steht er auf und fragt seine Frau: „Weißt Du, was jetzt noch fehlt?“

„Nein.“

„Jetzt fehlt nur noch, daß ich arbeitslos würde!“

„Gott bewahre!“ ruft die Frau erschrocken. „Was sollten wir mit unseren Kindern anfangen?“

Der Mann zuckt die Achseln, erhebt sich und schickt sich an, zur Arbeit zu gehen.

„Draußen wirbeln die Flocken leise, vorsichtig zur Erde nieder.“

In den vornehmen Quartieren, durch die der Arbeiter frierend zur Werkstelle schreitet, ist es ganz still. Die Reichen schlafen noch den Schlaf der Gerechten. Und wenn sie aufstehen und die dicke, weiße Schneedecke sehen, werden sie entzückt ausrufen: „Ach, der Schnee, der Schnee! Nun kann man Schlitten fahren. Ach, wie wundervoll!“

## Geistesjunken.

Uede Dich nur Tag für Tag,  
Und Du wirst sehn, was das vermag!  
Dadurch wird jeder Zweck erreicht,  
Dadurch wird manches Schwere leicht,  
Und nach und nach kommt der Verstand  
Unmittelbar Dir in die Hand. Goethe

Ach! diese Gesellschaft ist verkehrt. Aber bald wird die wahre Gesellschaft kommen! Dann wird es keine Herren mehr geben, aber freie, lebende Männer. Da wird es keinen Reichthum mehr geben, aber Wohlstand für alle, die sonst arm waren. Da wird es keine Herrscher mehr geben, alle werden Brüder sein, das ist die Zukunft. Viktor Hugo.